



Debatte über Kampfjets lanciert

Expertengruppe legt vier Varianten vor

Gemessen an den ersten Reaktionen zeichnet sich eine Präferenz für einen Mittelweg bei der Beschaffung neuer Kampfjets ab. Und es scheint unwahrscheinlich, dass man dabei das Volk umgehen wird.

HEIDI GMÜR, BERN

Kaum ist der Bericht der Expertengruppe zum neuen Kampfflugzeug publiziert, geht das Feilschen bereits los: Braucht die Schweiz 70 Kampfjets, oder reichen zwei Handvoll aufgemöbelte F/A-18? Das sind die Extremvarianten, die am Dienstag gefordert wurden: 70 neue Kampfjets verlangt die Schweizerische Offiziersgesellschaft (SOG), mit 8 bis 12 (alten) Kampfjets möchten sich die Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (GSoA) und die Grünen begnügen. Die Experten selber stellen vier Optionen mit 20, 30, 40 oder 55 bis 70 neuen Kampfjets zur Diskussion.

Relative Mehrheit für 30 Jets

Kombiniert mit einem unterschiedlich ausgeprägten Ausbau der bodengestützten Luftverteidigung erfüllten grundsätzlich alle vier Varianten das Leistungsprofil, wie es der Bundesrat 2014 für die Luftwaffe festgelegt habe, sagte Armee-Stabschef Claude Meier bei der Präsentation des Berichts; Abstriche gebe es aber je nach Option insbesondere bezüglich

der Durchhaltefähigkeit bei längeren Spannungen oder im Verteidigungsfall. Stark variieren die Kosten; die Expertengruppe schätzt sie auf fünf bis achtzehn Milliarden Franken.

Als erste Einschätzung der politischen Machbarkeit kann der Bericht der Begleitgruppe dienen. Anders als die Expertengruppe bestand sie nicht nur aus Vertretern des Verteidigungsdepartements, sondern auch der vier Bundesratsparteien, der Industrie, des Aussen-, des Wirtschafts- sowie des Finanzdepartements. Eine relative Mehrheit votierte dabei für die dritte Option mit 30 neuen Kampfjets für rund sechs Milliarden Franken kombiniert mit Investitionen von rund zwei Milliarden in die bodengestützte Luftverteidigung. Dem Vernehmen nach waren darunter auch die Vertreter von CVP und FDP – sowie SP-Ständerätin Géraldine Savary. Es sei die bessere Variante als die vierte mit nur 20 Jets, sagt sie. Diese sei nur auf den ersten Blick günstiger, da hier früher oder später die Beschaffung einer zweiten Tranche Flugzeuge nötig würde; dieser Salomitaktik sei zu misstrauen.

Volk soll sich äussern können

SP-Fraktionschef Roger Nordmann wollte sich zwar noch nicht festlegen, hielt aber fest, dass «wir nicht grundsätzlich Nein sagen zur Beschaffung neuer Kampfflugzeuge». Auch Ignazio Cassis,

Chef der freisinnigen Fraktion, will noch keine Zahl nennen: Zunächst müsse die Politik klären, welche Leistung man erwarte und auch bezahlen wolle. Man prüfe jetzt die Varianten, sagt SVP-Fraktionschef Adrian Amstutz; Priorität habe die Sicherheit, und das bedinge die Verteidigungsfähigkeit am Boden und in der Luft; um diesen Verfassungsauftrag zu erfüllen, sei das «notwendige Geld bereitzustellen». Für Isidor Baumann, CVP-Ständerat und Präsident der Sicherheitspolitischen Kommission, zeigt derweil der Expertenbericht, dass mehrere Wege zum Ziel führten, wobei die dritte Option als Ausgangspunkt für die Diskussion dienen dürfte.

Die im Vorfeld durchgesickerte Empfehlung der Experten- sowie einer Mehrheit der Begleitgruppe, das Vorhaben ohne referendumsfähigen Beschluss über das ordentliche Budget zu finanzieren, hatte für grosse Aufregung gesorgt. Allerdings erachten es nicht nur die Grünen und die SP für falsch, ein Referendum auszuschliessen. Das wäre für das Volk kaum verständlich, glaubt Cassis. Es wäre nicht erklärbar, sagt auch Baumann; es wäre im Gegenteil viel Vertrauen gewonnen, wenn man früh klar signalisieren würde, dass sich das Volk dazu werde äussern können.

Verteidigungsminister Guy Parmelin äusserte sich noch nicht zum Bericht. Laut Claude Meier will er aber nach dem Sommer im Bundesrat eine erste Aussprache führen. Die Expertengruppe empfiehlt, die Typenwahl 2020 zu treffen und den Verpflichtungskredit 2022 dem Parlament zu beantragen. Obwohl sich die Finanzierung danach über mehrere Jahre verteilen würde, ist selbst bei der dritten Option fraglich, ob das heutige Armeebudget von rund fünf Milliarden Franken dafür genügen wird.